

Niederschrift

über die 20. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 19.06.2013, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

- 1 . Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 . Neuordnung der WestEnergie und Verkehr GmbH (west)
Vorlage: 861/2013
- 3 . Beratung über die Gründung der "Entwicklungsgesellschaft Stadt Geilenkirchen GmbH" und Verabschiedung des Gesellschaftsvertrages
Vorlage: 853/2013
- 4 . Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Bürgermeister Thomas Fiedler

Stellvertretender Vorsitzender

2. Uwe Eggert

Mitglieder

3. Nikolaus Bales
4. Franz Beemelmanns
5. Hans-Jürgen Benden
6. Klaus Dohlen Vertretung für Herrn Leonhard Kuhn
7. Toska Frohn
8. Horst-Eberhard Hoffmann
9. Gabriele Kals-Deußen
10. Michael Kappes
11. Nils Kasper
12. Heinz Kohnen
13. Christian Kravanja
14. Uwe Neudeck
15. Hans-Josef Paulus
16. Kurt Sybertz Vertretung für Herrn Dr. Joachim Möhring
17. Marlis Tings
18. Harald Volles
19. Wilhelm Josef Wolff

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

20. Manfred Mingers

von der Verwaltung

- 21. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
- 22. Beigeordneter Markus Mönter
- 23. Alexander Jansen
- 24. Peter Klee
- 25. Karl-Heinz Kleinjans
- 26. Regina Nossek
- 27. Stephan Scholz

Protokollführerin

28. Tina Beckers-Offermanns

Gäste

- 29. Manfred Dressen
- 30. Bankdirektor Peter Hanf
- 31. Markus Palic
- 32. Willi Pfennigs

Es fehlten:

- 33. Herbert Brandt
- 34. Leonhard Kuhn
- 35. Dr. Joachim Möhring

Bürgermeister Fiedler eröffnete um 18:00 Uhr die 20. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Er begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Einladung sei frist- und formgerecht erfolgt und Beantwortungen der letzten Niederschrift habe es nicht gegeben. Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3 und 5 begrüße er Herrn Palic von der west sowie die Herren Hanf, Dressen und Pfennigs von der Kreissparkasse bzw. der S-Bauland GmbH.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass die Verwaltung kürzlich gebeten worden sei, insbesondere die vom ersten und zweiten Bauabschnitt betroffenen Einzelhändler in der Innenstadt zwecks Reinigung der Gehwege anzuschreiben. Dieser Bitte sei die Verwaltung nun nachgekommen. Zum einen habe man sich mit einer nochmaligen rechtlichen Einweisung an die Hausbesitzer gewandt. Zum anderen seien die Ladenbesitzer angeschrieben worden. Reaktionen habe es bisher nicht gegeben und er hoffe, dass sich der Reinigungszustand in diesem Bereich verbessere.

**TOP 2 Neuordnung der WestEnergie und Verkehr GmbH (west)
Vorlage: 861/2013**

Bürgermeister Fiedler lud Herrn Palic ein, die Pläne der west nochmals darzustellen. Herr Palic erläuterte die Neuordnung des Unternehmens ausführlich anhand einer

Power Point Präsentation, die den Fraktionsvorsitzenden nach Zustellung der Niederschrift per Mail übersandt wird.

Stadtverordneter Kasper meinte nach der Präsentation, dass Herr Palic zukünftige Gesetzesänderungen bspw. der EU angedeutet habe. Er fragte, wie flexibel die Stadt nach Eintritt in das Holdingmodell noch agieren könne.

Herr Palic antwortete, dass Reversibilität bspw. bei Einigkeit der Gesellschafter zwar möglich sei, dass der Zustand der Situation der west vor dem Jahr 2008 jedoch nicht mehr erreicht werden könne. Auf Nachfrage der Stadtverordneten Frohn erklärte Herr Palic, dass sich die west strategisch nach vorne richte und das Holdingmodell momentan die beste Lösung sei. In den vergangenen 20 Jahren habe man immer wie in „der Hase und der Igel“ vor den Gesetzesänderungen eine neue Lösung gefunden. Gesetze würden viele organisatorische Dinge ändern, und bisher habe man immer das wirtschaftlich beste Ergebnis erreicht.

Stadtverordneter Kohnen fragte nach, wie mit dem Standort Geilenkirchen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verfahren werde.

Herr Palic erklärte, dass in einem noch zu verabschiedenden Vertrag sowohl Regelungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch zu den Standorten eingearbeitet seien, u.a. werde der Standort Geilenkirchen beibehalten. Damit einher gehe bspw. auch die Beibehaltung des Sponsorings durch die west. Dem Vertrag komme eine wichtige Bedeutung zu, so dass er mit Sorgfalt gelesen werden sollte.

Stadtverordneter Kasper stellte fest, dass RWE zu 43,17 % an der NEW AG beteiligt sei. Natürlich würde ein Informationsfluss durch die Bundesnetzagentur sichergestellt. Dennoch würde ihn interessieren, wie sichergestellt werde, dass keine Gewinne verschoben würden.

Herr Palic erläuterte, dass die RWE die Option auf Einbringung von Assets (zu 2/3) bzw. von Geldeinlagen (zu 1/3) habe und damit ihren Anteil an der NEW erhöhen könne. Vertraglich werde eine Erhöhung auf max. 49,9 % beschränkt. Welchen Einfluss die RWE nun auf den Kreis oder auf Geilenkirchen habe, sei fraglich. Im Netz- und Vertragsbereich und auch im Service habe die RWE keinen Einfluss. Insgesamt handle man autark. Darüber hinaus bestehe auch keine Gefahr, Strom zu teuer zu kaufen.

Da keine weiteren Fragen gestellt wurden, bat Bürgermeister Fiedler – soweit dies gewünscht sei – um die Abgabe der politischen Statements.

Stadtverordneter Kravanja erklärte, dass Herr Palic eben angemerkt habe, dass die Erklärungsfrist von 2012 auf 2013 verlängert worden sei und dass keine Alternative zielführend gewesen sei. Nun werde vier Jahre nach dem Vertragsschluss von 2008 erneut eine Umstrukturierung vorgenommen. Die damaligen Überlegungen seien zu kurzfristig gedacht gewesen. Nun sei die Kommunalholding ins Spiel gekommen, durch die bessere Aussichten bestünden. Die Bürgerliste werde sich für diese Variante aussprechen, wenngleich sie nicht die Wunschlösung der Fraktion sei. Gewünscht habe man sich eine Rückübertragung in kommunale Hand. Dies sei nach 2008 aber nicht mehr diskutabel gewesen. Unter den gegebenen Umständen stelle

die Kommunalholding das wirtschaftlich interessanteste Modell dar, so dass die Bürgerliste für diese Variante stimmen werde.

Herr Palic warf ein, dass im Jahr 2008 lediglich zwei Alternativen zur Verfügung gestanden hätten. Die Kommunalholding sei erst nachträglich durch die Gesetzesänderung in den Blick genommen worden.

Stadtverordneter Wolff führte aus, dass sich die CDU-Fraktion für das Holding-Modell ausspreche. Der Querverbund werde als vorteilhaft angesehen und das Modell biete durch seinen Gesellschaftscharakter eine – wenn auch moderate – Beteiligungsmöglichkeit für die Stadt.

Stadtverordneter Hoffmann zeigte sich erfreut über das Engagement von Herrn Palic, die Neuordnung der west erneut so ausführlich in einem Geilenkirchener Gremium darzustellen – immerhin habe die Stadt nur geringe Anteile an der west. Seine Fraktion hätte eine Kommunalisierung der Netze ebenfalls bevorzugt. Dies sei heutzutage jedoch nicht mehr darstellbar. Man füge sich also den Rahmenbedingungen. Er könne sich den Worten des Stadtverordneten Kravanja nur anschließen. Zwei Punkte wolle er jedoch betonen. Zum einen erhoffe man sich, dass die Defizite im Personennahverkehr weiterhin aufgefangen würden. Zum anderen sei die Standortzusage für Geilenkirchen sehr wichtig. Aus Erfahrung in der Vergangenheit und ein Ergebnis seiner Lebenserfahrung sei, dass selbst in Auftrag gegebene und bezahlte Gutachten zu denken geben sollten. Dies sei hier der Fall.

Herr Palic erwiderte, dass die Sichtweise auf das Gutachten auch seiner Lebenserfahrung entspreche. Da sich die Stellungnahme jedoch auf tatsächliche Zahlen beziehe, sei hier wenig Spielraum für Interpretationen übrig gewesen. Insofern sei die Einschätzung schon sehr objektiv.

Stadtverordnete Frohn meinte, dass ihre Fraktion die Auffassung der Freien Bürgerliste teile. Das Kommunalholdingmodell sei nicht die optimale Lösung. Aufgrund der Vorteile gegenüber den anderen Optionen insbesondere vor dem Hintergrund des Steuervorteils, werde ihre Fraktion dennoch für das Modell votieren. Bedauerlich sei, dass im Jahr 2008 keine andere Lösung gefunden worden sei.

Stadtverordneter Volles schloss sich seinen Vorrednern an. Bereits in 2008 hätte eine andere Lösung gefunden werden müssen. Aus heutiger Sicht sei das Holdingmodell die beste Option.

Beschluss:

Der Ausschuss schlägt dem Rat vor:

1. Sich für die Umsetzung der Neuordnung der WestEnergie und Verkehr GmbH (west) im Sinne des NEW Kommunalholding-Modells auszusprechen.
2. Zu diesem Zweck soll die west in eine „West Verkehr GmbH“ und eine „West Energie GmbH“ aufgespalten werden.
3. Für die Umsetzung der Neuordnung der west wird der 01. Januar 2014 angestrebt. Dabei muss sichergestellt sein, dass für das Jahr 2014 als dem letzten Jahr der Grundpachtlaufzeit der volle Ausgleich bezüglich der Differenz zwischen dem Ergebnisanteil aus der NEW Kommunalholding GmbH und dem garantierten Ergebnis aus

der Verpachtung (KWH-Seite 8 Mio. € vor Ertragssteuern für das Jahr 2014) gezahlt wird.

4. Die Vertreter der Stadt Geilenkirchen in den Gremien der west und der KWH werden beauftragt, die Neuordnung der west in den Gremien weiter zu betreiben.

5. Zu gegebener Zeit ist über die konkrete Ausgestaltung der neuen Struktur (z.B. hinsichtlich des Gesellschaftervertrags und der Gremienbesetzung) erneut im Stadtrat zu beraten und zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

Bürgermeister Fiedler nahm angesichts des bevorstehenden Ausscheidens von Herrn Palic aus der west die Gelegenheit wahr, Herrn Palic für die jahrelange gute Zusammenarbeit im Bereich der Energiewirtschaft zu danken. Er habe bei Bedarf immer Rede und Antwort gestanden. Er wünschte Herrn Palic für die Zukunft auf seinem weiteren beruflichen Weg alles Gute.

Herr Palic bedankte sich und erklärte, dass ihm die Zusammenarbeit mit der Stadt und ihren Gremien immer Spaß gemacht habe. Er danke den Stadtverordneten für teilweise sehr lebendige und intensive Diskussionen. Seine Tätigkeit habe ihm die vergangenen Jahre jeden Tag erfreut.

TOP 3 Beratung über die Gründung der "Entwicklungsgesellschaft Stadt Geilenkirchen GmbH" und Verabschiedung des Gesellschaftsvertrages Vorlage: 853/2013

Bürgermeister Fiedler bat Herrn Hanf nach vorne und gab ihm die Gelegenheit für eine kurze Vorstellung.

Herr Hanf erläuterte, dass die Kreissparkasse vor einem guten halben Jahr ihre Vorstellungen über eine kommunale Entwicklungsgesellschaft präsentiert habe. Es seien zwei Aspekte betont worden. Der Stadt würden sich neue Chancen und Möglichkeiten in Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse bieten, insbesondere mit der Kreissparkasse als finanzstarkem Partner. Im Dezember vergangenen Jahres sei das Votum dann zugunsten der Kreissparkasse ausgefallen. Seitdem habe man in Zusammenarbeit mit Frau Nossek die Kooperation in ein rechtliches Konstrukt gekleidet. In fünf anderen Kommunen sei die Kreissparkasse seit mehreren Jahren Partner der Verwaltung, so dass ein breiter Erfahrungsschatz vorhanden sei. In dem Gesellschaftsvertrag seien beide Partner in der Rolle als Gesellschafter benannt. Auch im Aufsichtsrat gebe es die gleiche Rollenverteilung. Insgesamt würden aber die gleichen Interessen verfolgt. Diese seien mit wenigen Worten erklärt. Ziel sei, im Bereich der Wohnbebauung den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung und eventuell Zuziehender zu begegnen. Die Kreissparkasse beteilige sich hier als Minderheitsgesellschafterin bspw. an der Erschließung. Grundsätzlich werde als Leitlinie das Wohl Geilenkirchens voran gestellt sowie die Vorstellungen der Stadt als Mehrheitsgesell-

schafterin. Das konkrete Vorgehen wie auch die Vorteile seien in der damaligen Präsentation ausführlich dargestellt worden. Gerne stehe er für Fragen zur Verfügung.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass der Vorlage als Anlage die Marktanalyse und der Gesellschaftsvertrag beigelegt gewesen seien. Er könne versichern, dass alles sorgfältig geprüft worden und intensiv diskutiert worden sei. Der Vertrag entspreche vollumfänglich den Vorstellungen der Stadt. Hervorheben wolle er das bemerkenswerte Engagement und die bewundernswerte Detailfreude, mit denen sich Frau Nossek der Materie zugewandt habe. Daher könne er mit großer Gewissheit sagen, dass der Vertrag für beide Seiten die größtmögliche Sicherheit und Einflussmöglichkeiten biete.

Stadtverordneter Benden erläuterte, dass die Skepsis seiner Fraktion gegenüber der Gründung einer Entwicklungsgesellschaft kein Geheimnis sei. Eine Entwicklungsgesellschaft wolle auch immer etwas entwickeln. Vor diesem Hintergrund sei von Interesse, ob bspw. eine Bedarfsanalyse erstellt worden sei. Darüber hinaus sei fraglich, wie die Gesellschaft in die Entwicklung einsteige bzw. wie der Bedarf gefiltert werde. Des Weiteren frage er in Richtung Verwaltung zum § 8 des Gesellschaftsvertrags, woran sich das Stimmverhalten als Gesellschafterin orientiere, wenn eine einheitliche Stimmabgabe notwendig sei. Er fragte weiter, wer die Stadt Geilenkirchen als Gesellschafterin vertrete. Hierzu werde in der Vorlage nichts gesagt. Letztlich sei das Gebilde der Entwicklungsgesellschaft aus der Not geboren, da die Stadt aufgrund der Haushaltssicherung eine eigenständige Entwicklung von Flächen nicht mehr leisten könne. Wenn sich die Stadt in den kommenden Jahren saniere, sei für ihn fraglich, ob es für diesen Fall neben dem § 15 eine weitere Ausstiegsmöglichkeit gebe bzw. welche Möglichkeiten die Stadt im Jahr 2023 habe.

Herr Hanf antwortete, dass Herr Benden ein entscheidendes Wort benutzt habe: Bedarf. Die Kreissparkasse berate ihre Kunden in der Regel bedarfsorientiert. Für die Entwicklungsgesellschaft bedeute dies, dass auch Flächen bedürfnisorientiert nach den Vorstellungen der Verwaltung oder des Rates entwickelt würden. Die Aufgaben der Gesellschaft würden sich aus dem politischen Willen bzw. dem Willen der Bevölkerung ableiten.

Des Weiteren habe Herr Benden geäußert, dass die Gesellschaft aus der Not heraus geboren sei. Vor ca. 10 Jahren sei die Kreissparkasse die ersten Partnerschaften mit Kommunen in Form von Entwicklungsgesellschaften eingegangen. Diese Vereinbarungen seien nicht aus einer Notlage heraus entstanden, sondern seien für die Kommunen Selfkant, Gangelt und Wassenberg eine gute Entscheidung gewesen. Dies könne seitens der Kommunen sicher bestätigt werden. Die Zusammenarbeit stärke beide Partner und darüber hinaus könne die Kreissparkasse ihr jahrelanges Know-how in der Entwicklung von Flächen weitergeben.

Zur Kündbarkeit sei in den Vertrag ein Passus aufgenommen worden, der eine Zusammenarbeit bis 2018 festschreibe. Sollte innerhalb dieser fünf Jahre einer der Partner Gesprächsbedarf geltend machen, sei sicher der jeweils andere offen. Daneben sei die Stadt auch Mehrheitsgesellschafter mit der Möglichkeit, das vereinbarte Konstrukt jederzeit zu ändern. Der Vertrag sei insgesamt flexibel, so dass auch eine Weiterführung nach 2018 bis 2023 möglich sei.

Das Abstimmungsverhalten in der Gesellschafterversammlung werde erfahrungsgemäß maßgeblich vom Aufsichtsrat bestimmt, der der Gesellschaft den politischen Willen vermittele.

Bürgermeister Fiedler ergänzte, dass in der Gesellschafterversammlung nach § 8 zwei Personen vertreten seien. Die seitens der Kreissparkasse entsandte Person halte 25 % der Anteile, die seitens der Stadt entsandte 75 %. Wie in § 8 Satz 2 gesagt werde, werde ein Gesellschafter durch eine von ihm zu bestimmende Person vertreten.

Stadtverordneter Volles erklärte, dass noch immer nicht klar sei, wer die besagte Person bestimme.

Herr Hanf meinte, dass er selbst für Kreissparkasse das Mandat übernehme.
Bürgermeister Fiedler antwortete, dass der Rat die Person für die Stadt bestimme.

Stadtverordneter Wolff fügte hinzu, dass die Entsendung der Person in die Gesellschafterversammlung korrekterweise nicht in der Vorlage thematisiert werde. Schließlich sei die Bestimmung nicht Bestandteil des Gesellschaftervertrages.

Bürgermeister Fiedler verlas den § 8 Satz 2 des Gesellschaftervertrages erneut. Herr Hanf teilte mit, dass die Gesellschafter zudem Empfehlungen des Aufsichtsrates erhalten würden. Dadurch werde der politische Wille in die Gesellschaft transportiert.

Stadtverordneter Wolff warf ein, dass er die Forderung nach einer bedarfsgerechten Entwicklung seitens der Grünen noch ins rechte Licht rücken wolle. In seiner Haushaltsrede habe er bereits betont, dass eine bedarfsgerechte Entwicklung der Stadt richtig sei. Darüber hinaus werde dieser Punkt für jede Entwicklungsmaßnahme seitens der Bezirksregierung geprüft und müsse entsprechend nachgewiesen werden. Daher sei die Frage völlig überflüssig gewesen.

Stadtverordneter Kravanja verdeutlichte, dass die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft ursprünglich auch nicht im Sinne der Bürgerliste gewesen sei. Er sehe Gefahren in der Gründung eines Eigenbetriebes. Dennoch sei die Entscheidung im demokratischen Prozess für die Entwicklungsgesellschaft gefallen, so dass sich auch die Bürgerliste – unter Anerkennung des demokratischen Willens – aktiv an der Unterstützung der Gesellschaft beteilige und in einem ersten Schritt dem Gesellschaftsvertrag in dieser Form zustimme.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die „Entwicklungsgesellschaft Stadt Geilenkirchen GmbH“ zu gründen. Der Entwurf des dazugehörigen Gesellschaftsvertrags wird verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	1
Enthaltung:	1

TOP 4 Verschiedenes

Die Nachfrage des Stadtverordneten Kravanja, ob Gerüchte zuträfen, dass die Stadt beträchtliche Summen in Gasnetze investiere, konnte Bürgermeister Fiedler verneinen. Von diesen Gerüchten habe er zudem noch nichts gehört.

Sitzung endet um: 19:24

Vorsitzender

Schriftführerin:

Bürgermeister
Thomas Fiedler

Tina Beckers-Offermanns